**Bitte noch einmal nachdenken! Zum Ergebnis der Kommission über die Zukunft der BStU**

**Markus Meckel**

**30. März 2016**

Nach und nach verdichten sich die öffentlichen Informationen über die Ergebnisse der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Kommission zur Zukunft des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit. Am 12. April 2016 soll der Bericht dem Bundestagspräsidenten überreicht werden.

Folgende Ergebnisse zeichnen sich ab:

1. Die Akten der Staatssicherheit sollen zugänglich bleiben, aber in die Zuständigkeit des Bundesarchivs überführt werden.
2. Die bisher in der BStU erfolgende Forschung soll in eine neue Struktur überführt werden.
3. Am Sitz der Stasi in der Normannenstrasse soll ein "Forum für Demokratie und Menschenrechte" entstehen.
4. Es soll ein Bundesbeauftragter für die Aufarbeitung der SED- Diktatur geschaffen werden, der sich u.a. um die Opfer der SED- Diktatur kümmern soll.

Das Ergebnis der Kommissionsarbeit soll möglichst schnell von der Großen Koalition umgesetzt werden. So der erklärte Wille.

Wichtig aber wird sein, die Vorschläge noch öffentlich zu diskutieren - denn sie sind höchst ambivalent!

1. Positiv festzuhalten ist, dass nun anerkannt zu sein scheint: DAS WICHTIGE ERGEBNIS DER FRIEDLICHEN REVOLUTION UND DER VEREINIGUNG - DER ZUGANG ZU DEN STASIAKTEN - WIRD ERHALTEN UND IN ZUKUNFTSFÄHIGE STRUKTUREN ÜBERFÜHRT.

Gleichzeitig sollen die Ressourcen für die Forschung auch in Zukunft gesichert werden.

Das ist gut und zu begrüßen!

2. Schwieriger ist der Vorschlag, ein "Forum für Demokratie und Menschenrechte", für das durchaus einiges spricht, ausgerechnet in der Normannenstrasse anzusiedeln, am Sitz der ehemaligen Staatssicherheit. Dorthin gehört eine Institution der Aufklärung über die Repression in der kommunistischen DDR, darüber, wie diese Diktatur bis tief ins Alltagsleben hinein funktioniert hat. Gerade für künftige Generationen wird das nämlich immer weniger verständlich sein! Das zeigt sich schon heute.

Darüber hinaus ist es natürlich auch wichtig, an Widerstand und Opposition während dieser Jahrzehnte der Diktatur zu erinnern, sie intensiver zu erforschen und differenziert darzustellen, denn sie war ja durchaus nicht einheitlich. Hier gibt es bis heute erhebliche Defizite! Insofern ist der Wille, hier etwas zu tun, ausdrücklich zu begrüßen!

Doch es sollte an einem anderen Ort geschehen, und klar unterschieden von der Darstellung der Funktionsweisen der Diktatur und ihren Methoden, sich die Menschen gefügig zu machen!

3. Wirklich kontrapunktiv ist das Vorhaben, einen Bundesbeauftragten für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR zu schaffen. Ein solcher ist überflüssig wie ein Kropf, da er nichts besser machen kann als die Bundesstiftung Aufarbeitung, die der Bundestag schon 1998 mit dem gleichen Auftrag geschaffen, aber bis heute nicht angemessen mit Ressourcen ausgestattet hat. Hier braucht es nicht einen neuen Bundesbeauftragten, der gewissermaßen "ex cathedra" öffentliche Botschaften formuliert, sondern mehr finanzielle Mittel, um dezentral und innovativ Aufarbeitung in der Gesellschaft zu verankern und diejenigen zu unterstützen, die in diesen Fragen unterwegs sind.

Ein Beauftragter des Bundestages im Sinne eines Ombudsmannes für die Opfer der totalitären Diktaturen, der ihr Ansprechpartner ist und sich für ihre Belange einsetzt, käme zwar spät (besonders für die NS-Opfer!), könnte aber vielleicht helfen, die bis heute unbefriedigende Lage der Opfer zu verbessern.